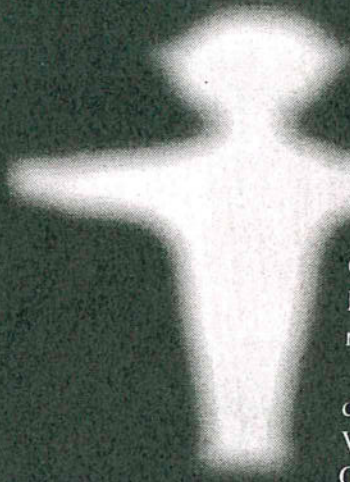


# Feindliche



Jahr 7 der Deutschen Einheit. Ost und West stehen sich unversöhnlich gegenüber. 40 Jahre Teilung haben Spuren hinterlassen – die Vereinigung auch.

Besonders tief sind die Spuren, die die Arbeit von Rechtsprechungs- und Gesetzgebungsorganen hinterlassen haben, umso mehr, als doch die Probleme der Wiedervereinigung meist auf ihre rechtliche Dimension reduziert werden.

Die auf dogmatisch fragwürdigem Fundament stehenden Prozesse um die Mauerschützen, deren Befehlsgeber und schließlich die politisch Verantwortlichen, weitere Prozesse gegen Spione des Kalten Krieges, Ostdeutsche wie Westdeutsche, der Umgang mit den ostdeutschen Hochschulen, die abgewürgte Diskussion um eine neue gesamtdeutsche Verfassung und schließlich – weniger spektakulär – die Probleme des kleinen Mannes / der kleinen Frau: Arbeitsrecht und Stasimitarbeit, Rentenansprüche und der Kuchen des ehemals volkseigenen Vermögens.

Und an der Arbeit der deutschen Justiz und der Parlamente wird die Frage nach der Gerechtigkeit wieder interessant. Denn es prallen zwei verschiedene Welten aufeinander. Ein Beispiel: Die eine legitimiert die Schüsse an der Mauer als politische Notwendigkeit, einer Notwendigkeit, der der Einzelne sich, hinreichend gewarnt, nicht hätte aussetzen müssen, die andere betont den Wert des Lebens des / der Einzelnen, über das der Staat nicht bestimmen könne. Die politischen Argumente, längst getauscht im Kalten Krieg, werden hervorgeholt, zu neuem Leben erweckt und nun, da es möglich ist, in dem juristischen Kontext verwendet. Das führt dazu, daß der Schütze nach der einen Ansicht freizusprechen wäre, nach der anderen ist er Totschläger. Im Strafmaß zeigt sich dann die Unsicherheit der übriggebliebenen Seite, zwei Jahre auf Bewährung ist ein bewußt genommenes Menschenleben dann noch wert.

Der kleine Ostler und die kleine Ostlerin kämpfen derweil mit der Erkenntnis, daß ihre Lebensläufe nicht mehr das wert sind, was sie nach ihrer Vorstellung wert sein sollten. Die, für die sie paßten, sind verschwunden, seien es Institutionen, Fabriken oder Behörden. Die neue Bürokratie hält sie beschäftigt, und wenn sie über die verschwundene soziale Sicherheit lamentieren, bekommen sie zu hören, ihr Lebensstandard wäre doch um vieles besser, selbst wenn sie arbeitslos sein sollten. Und dummerweise können sie materiell gesehen eigentlich nur zustimmen, und trotzdem – irgendetwas stimmt daran nicht.

Vor diesem Hintergrund kann die Wiedervereinigung den Blick auf die Selbstverständlichkeiten der alten Bundesrepublik schärfen und verdeutlichen, daß auch die glorreiche freiheitlich-demokratische Grundordnung gerade im Prozeß des „Zusammenwachsens“ der zwei deutschen Staaten oft ein Instrument der Mächtigen ist.

*Eure Reds*

# übernahme